

Anfrage 2

Gremium	Termin	Status
Bau- und Grundstücksausschuss	11.09.2023	öffentlich

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen

Anfrage Stadtratsfraktion Die Grünen - Beteiligung der Stadt am Planungsverfahren des Bahnprojekts Mannheim-Karlsruhe

Vorlage Nr.: 20236922

Stellungnahme der Verwaltung

Die Deutsche Bahn hat den Planungsprozess für den Neubau bzw. den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe mit dem Ziel eingeleitet, Engpässe zu beseitigen und Kapazitäten im Schienenverkehr (vorwiegend für den Güterverkehr) zu erhöhen.

Hierzu haben seit dem Jahr 2021 mehrere Workshops und sogenannte „Dialogforen“ mit den Trägern öffentlicher Belange stattgefunden, an denen Vertreter*innen des Baudezernats der Stadt Ludwigshafen teilgenommen haben. Im Rahmen dessen geht es bisher vor allem um die Planungsmethodik. Zur genaueren Abgrenzung der Machbarkeit der einzelnen Trassenvarianten wird derzeit in den Dialogforen der Kriterienkatalog zur Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf Umweltbelange abgestimmt.

Nach einer Untersuchung sogenannter „Grobkorridore“ werden zum jetzigen Planungsstand konkretere Linienkorridore und technisch machbare Linienverläufe untersucht. Momentan sind seitens der Bahn noch verschiedene Linien und Linienvarianten in der Prüfung. Insgesamt stehen noch mehr als 10 Linien mit Untervarianten zur Debatte, wovon eine Linie eine Untertunnelung des Mannheimer und Ludwigshafener Stadtgebietes untersucht. Der Tunnelbereich könnte im Norden in Mannheim-Waldhof beginnen und in südlicher Richtung im Raum zwischen Limburgerhof und Rheingönheim enden.

Da derzeit noch keine genauen Pläne, sondern lediglich unmaßstäbliche grobe Skizzen mit Darstellung von Suchräumen für den möglichen Linienverlauf vorliegen, ist eine Aussage zu konkreten Auswirkungen der Planung auf Ludwigshafener Gemarkung derzeit nicht möglich. Es gibt auch noch keine Entscheidung der Bahn, ob eine linksrheinische oder rechtsrheinische Trassenführung weiterverfolgt werden soll. Insofern kann seitens der Verwaltung auch noch keine Aussage zu den Auswirkungen der Planung auf die Stadt Ludwigshafen gemacht werden.

Erst nach Festlegung auf eine bestimmte Trasse (voraussichtlich frühestens Anfang 2024) wird im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens die Stadt Ludwigshafen offiziell beteiligt

werden und kann sich im Zuge einer Stellungnahme dazu äußern. Bisher hat hierzu lediglich im November 2022 eine erste Antragskonferenz mit Vorstellung der Planungsziele und der vorgesehenen Planungsmethodik stattgefunden. Für die Koordinierung der Stellungnahme im Rahmen des Raumordnungsverfahrens ist bei der Verwaltung der Bereich Stadtentwicklung zuständig. Zur Erarbeitung der Stellungnahme werden dann auch die zuständigen städtischen Gremien informiert werden.

Die Planung und Genehmigung der neuen Bahnstrecke wird noch einige Zeit beanspruchen. In einem ersten Schritt wird derzeit im Rahmen von Machbarkeitsstudien und Umweltuntersuchungen eine Antragstrasse für das anschließende Raumordnungsverfahren ermittelt. Wie oben beschrieben, besteht dann für die Stadt Ludwigshafen die Möglichkeit, offiziell Stellung zu nehmen.